

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2008



Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 910-00
deutsche.bank@db.com

01 Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung in 2008	2
Zusammenfassung der geschäftlichen Entwicklung	3
Erfolgsrechnung	4
Bilanz	8
Vergütungsbericht	11
Sonstige Angaben	16
Risikobericht	21
Ausblick	27

02 Jahresabschluss

Bilanz	32
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	34

03 Anhang

Grundlagen und Methoden	36
Erläuterungen zur Bilanz	39
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	54
Sonstige Angaben	55

04 Bestätigungen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	57
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	58

05 Gremien

Vorstand	59
Aufsichtsrat	60
Advisory Boards	62

Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung in 2008

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2008 merklich verlangsamt. Nach 5 % im Jahr 2007 betrug es im vergangenen Jahr nur noch 3,5 %. Ausgangspunkt der Abschwächung war die Wirtschaft der USA, die sich seit Anfang 2008 in einer Rezession befindet. Während das Wirtschaftswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern noch durchschnittlich rund 6,5 % erreichte, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Industrieländer nur noch um 1 % zu. In Deutschland verringerte sich das Wachstum im Jahresdurchschnitt 2008 auf 1,3 %, nachdem in 2007 noch ein Zuwachs von 2,5 % erzielt worden war. Das leichte Wachstum in Deutschland überzeichnete allerdings die wirtschaftliche Dynamik. Es ist nur auf das überaus gute erste Quartal 2008 zurückzuführen. Seit dem Frühjahr 2008 befindet sich die deutsche Wirtschaft – wie viele andere Industrieländer auch – in der Rezession. Die Ursachen dafür lagen in der merklich schwächeren globalen Nachfrage, den lange Zeit hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, dem starken Euro und den negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise.

Die Geld- und Kapitalmärkte standen 2008 im Zeichen einer sich verschärfenden Finanzkrise. Die US-amerikanische Zentralbank lockerte ihre Geldpolitik dramatisch und schwenkte gegen Ende des Jahres quasi auf eine Nullzinspolitik ein. Zu Jahresbeginn 2008 hatte der US-amerikanische Leitzins noch 4,25 % betragen. Nach anfänglichem Zögern nahm auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins von Oktober bis Dezember des vergangenen Jahres um 175 Basispunkte auf 2,5 % zurück. Zudem wurden nahezu weltweit umfangreiche Bankenrettungspakete geschnürt, um den ausgetrockneten Geldmarkt wieder zu beleben. Die Renditen zehnjähriger US-amerikanischer Staatsanleihen lagen bis zum November 2008 zwischen 3,5 % und 4 %, fielen dann aber infolge der sich abzeichnenden Rezession, der dramatisch gesunkenen Inflation sowie der aufgrund extremer Risikoaversion anhaltenden „Flucht in Qualität“ bis zum Jahresende auf etwa 2 %. Der Renditerückgang verlief in Deutschland weniger stark ausgeprägt, sodass die deutschen Renditen zum Jahresende 2008 um rund 85 Basispunkte über den US-amerikanischen lagen. Die anhaltende Verunsicherung durch die Finanzkrise war besonders an den Aktienmärkten zu spüren. DAX und S&P 500 verloren bis zum Jahresende 2008 fast 40 % an Wert, wobei sich der Rückgang der Aktienkurse nach der Insolvenz einer großen US-amerikanischen Investmentbank im September 2008 noch einmal beschleunigte.

2008 war ein außerordentlich schwieriges Jahr für den Bankensektor. Es war von der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten gekennzeichnet, die eine erhebliche Gefährdung für das globale Finanzsystem darstellte. Regierungen und Zentralbanken reagierten weltweit mit massiven Interventionen, die zu einer deutlichen Ausweitung des Staatseinflusses im Bankensektor führten.

Aufgrund immer weiter steigender Verluste, vor allem aus verbrieften Kreditforderungen, blieb die Unsicherheit über die Solvenz einzelner Finanzinstitute im gesamten Jahresverlauf, insbesondere aber ab Mitte September hoch, was entscheidend dazu beitrug, dass zunehmend die hinreichende Kapitalausstattung der Bankenbranche insgesamt infrage gestellt wurde. Die Insolvenz einer großen US-amerikanischen Investmentbank sorgte im Herbst schließlich für eine fundamentale Neubewertung des Solvenzrisikos, nachdem zuvor in ähnlichen Fällen unter gemeinsamen Anstrengungen von Finanzbranche und Aufsichtsbehörden Auffanglösungen gefunden worden waren. Das Vertrauen in die Stabilität der gesamten Bankenbranche wurde massiv erschüttert; dies führte zu einer Abwärtsspirale, die immer weitere Bereiche der Finanzmärkte erfasste. Risikospreads erreichten nie zuvor gesehene Niveaus, Marktvolumina kollabierten und Korrelationen zwischen Assetklassen veränderten sich drastisch. Der Interbankenmarkt sowie die Märkte für Bankschuldverschreibungen und Verbriefungen kamen nahezu zum Erliegen und stellten eine Reihe von Instituten vor praktisch unlösbare Herausforderungen bei der Refinanzierung. Diese Banken mussten Zuflucht bei stärkeren Konkurrenten oder dem Staat suchen, wodurch das Vertrauen der Banken untereinander – ebenso wie das

der Investoren in den Sektor als Ganzes – weiter schwand. In den meisten Industrieländern ergriffen daraufhin die nationalen Regierungen und Zentralbanken außerordentliche Maßnahmen, um weitere, noch schwerwiegendere Konsequenzen, vor allem für die Realwirtschaft abzuwenden. Die Programme zur Stabilisierung des Finanzsektors konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Sicherstellung von Solvenz und Liquidität der Banken, wofür den Instituten in der Regel Eigenkapital zugeführt wurde und Garantien für die Aufnahme neuen Fremdkapitals bereitgestellt wurden. Gleichzeitig gelang es den Zentralbanken, durch drastische Leitzinssenkungen und die Bereitstellung von fast unbegrenzter Liquidität gegen Ende des Jahres die Situation an den Refinanzierungsmärkten wieder in gewissem Maße zu entspannen.

Insgesamt konnte der Finanzsektor durch diese Maßnahmen zunächst etwas stabilisiert werden, allerdings nahmen zum Jahresende hin die Sorgen um die Konsequenzen aus dem gesamtwirtschaftlichen Abschwung zu, der sich in vielen Ländern abrupt beschleunigte.

Im operativen Geschäft kam es aufgrund der im gesamten Jahr schwierigen Verhältnisse in den meisten Kapitalmarkt-bereichen zu einem deutlichen Rückgang der Provisionserträge und zu einem Einbruch des Handelsergebnisses, das für einen Großteil der Institute sogar negativ ausfiel. Lediglich das Zinsergebnis entwickelte sich überwiegend positiv, gestützt auf niedrigere Zinsaufwendungen und ein, insbesondere in Europa noch relativ starkes Kreditwachstum. Dies wurde jedoch zunehmend überkompensiert durch den steilen Anstieg der Risikovorsorge, womit sich ein bereits in den Vorjahren zu beobachtender Trend fortsetzte. Unter dem Strich brach die Profitabilität der Banken weltweit drastisch ein. Zahlreiche Institute mussten nach Jahren mit teils beträchtlichen Gewinnsteigerungen erstmals wieder einen Nettoverlust ausweisen.

Zusammenfassung der geschäftlichen Entwicklung

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten führten auch bei der Deutschen Bank AG zu signifikanten Wertanpassungen bei Vermögenswerten der Handelsbereiche, insbesondere aus Aktivitäten mit verbrieften Wohnungsbaukrediten, Monoline-Versicherern, gewerblichen Immobilienkrediten und im Leveraged-Finance-Geschäft. Die schwierigen Marktbedingungen verschärfen sich im vierten Quartal infolge des Zusammenbruchs einer großen US-amerikanischen Investmentbank. Die Handelsbereiche der Bank waren in extrem illiquiden Märkten nie zuvor erlebten Volatilitäten, Korrelationen und sich verändernden Relationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte ausgesetzt. Daraus ergaben sich deutliche Verluste im Aktienderivategeschäft, im Handel mit Kreditprodukten (einschließlich des kreditbezogenen Eigenhandels) und im Aktieneigenhandel. Die Eigenhandelspositionen der Bank wurden zum Jahresende deutlich reduziert. Sie konnten jedoch wegen der begrenzten Liquidität im Markt nicht komplett eliminiert werden, sodass die Bank weiterhin einem Restrisiko bezüglich dieser Positionen ausgesetzt ist. Das anhaltend niedrige Liquiditätsniveau hat zudem dazu geführt, dass die Bank für einige Vermögensgegenstände ihre seitherige kurzfristige Verkaufs- und Handelsabsicht geändert hat. In solchen Fällen wurden die Vermögenswerte aus dem Handelsbestand beziehungsweise aus dem zum Verkauf bestimmten Liquiditätsbestand in das Anlagevermögen beziehungsweise in den Forderungsbestand umklassifiziert.

Solchen Ergebnisbelastungen standen geringere Verwaltungsaufwendungen und ein Ertrag aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken von 3,5 Mrd€ entgegen. Diese positiven Faktoren konnten die Ertragsrückgänge jedoch nicht ausgleichen, sodass die Bank für das Geschäftsjahr 2008 einen Jahresfehlbetrag von 2,2 Mrd€ verzeichnete.

Das Kapital (ohne Bilanzgewinn) blieb mit 20,6 Mrd€ stabil. Im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG wurde das Kapital um 2,2 Mrd€ aufgestockt. Die Bank verfügt weiterhin über eine ausreichend große strategische Liquiditätsreserve. Zudem hat sie die Qualität ihrer Refinanzierungsbasis im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Die in 2009 noch ausstehende Liquiditätsaufnahme wird nur noch ein Bruchteil dessen sein, was in 2008 aufgenommen wurde.

Die solide Kapitalposition wie auch die stabile Liquiditäts- und Finanzierungsbasis der Bank sind wichtige Stützpfiler in schwierigen Zeiten. Für die weitere Entwicklung bleibt der Vorstand trotz des Verlusts im Berichtsjahr zuversichtlich. Er wird gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 50 Cent je Stückaktie vorschlagen.

Erfolgsrechnung

Zinsüberschuss leicht erhöht

Der Zinsüberschuss stieg leicht um 218 Mio€ oder 2,8 % auf 8,1 Mrd€. Der Anstieg war auf höhere Zinserträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (Anstieg um 1,6 Mrd € auf 2,2 Mrd€) sowie auf gestiegene Erträge aus Gewinnabführungs- und vergleichbaren Verträgen zurückzuführen (Anstieg um 849 Mio€ auf ebenfalls 2,2 Mrd€). Hiervon entfielen 1,4 Mrd€ auf die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH, 669 Mio€ auf die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und 129 Mio€ auf die DB Export-Leasing GmbH.

Dieser Entwicklung standen niedrigere Zinserträge aus Aktien und festverzinslichen Wertpapieren entgegen, die in dem schwierigen Marktumfeld und nach dem Abbau einiger Handelsaktivitäten deutlich hinter dem Vorjahreswert zurückblieben. Sie konnten durch niedrigere Refinanzierungsaufwendungen nach den deutlichen Zinssenkungen der Zentralbanken und durch einen höheren Zinsüberschuss aus den stabileren Geschäftsfeldern der Bank, wie zum Beispiel dem Cash Management und der Handelsfinanzierung, nur teilweise kompensiert werden.

Abgeschwächter Provisionsüberschuss

Im Provisionsgeschäft erzielte die Bank einen Überschuss von 4,8 Mrd€, der damit um 835 Mio€ oder 14,7 % hinter dem hohen Vorjahreswert zurückblieb. Der Rückgang war größtenteils auf geringere Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft zurückzuführen, insbesondere aus dem An- und Verkauf von Wertpapieren sowie aus dem Emissions- und Platzierungsgeschäft von Aktien in einem von niedrigeren Volumina gekennzeichneten Marktumfeld. Zudem ermäßigten sich die Provisionen aus dem M&A-Geschäft. Auch hier war die Zahl der Transaktionen und die damit verbundenen globalen Provisionsaufkommen waren im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig. Die Bank war dennoch an einigen der prominentesten M&A-Transaktionen in 2008 beteiligt und gehört weiterhin zu den führenden M&A-Häusern in Europa sowie in Amerika. Zu dem Rückgang im Provisionsgeschäft trugen auch geringere Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft mit Tochtergesellschaften bei.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften eingebrochen

Die Handelsbereiche der Bank wurden durch die extremen Turbulenzen an den Geld- und Kapitalmärkten erheblich beeinträchtigt. In einem extrem schwierigen Marktumfeld entstand ein Handelsverlust von 6,2 Mrd €.

Diese Entwicklung war zunächst durch die sich fortsetzende Finanzkrise gekennzeichnet, die weitere negative Marktwertanpassungen im Zusammenhang mit verbrieften Wohnungsbaukrediten, Monoline-Versicherern, gewerblichen Immobilienkrediten und Leveraged-Finance-Aktivitäten erforderlich machte. Der Zusammenbruch einer großen US-amerikanischen Investmentbank im September führte zu außergewöhnlichen Marktturbulenzen, die sich im vierten Quartal weiter verstärkten. In dieser Situation waren zahlreiche Marktteilnehmer, einschließlich Hedgefonds, gezwungen, große Bestände an Handelspositionen zu liquidieren. Dies führte zu höheren Volatilitäten und Korrelationen sowie zu erheblichen Verschiebungen der Relationen zwischen Handelspositionen und ihren Absicherungsgeschäften. Die Bank hat in diesem Umfeld deutliche Verluste im Aktienderivategeschäft, im Kunden- und Eigenhandel von Kreditprodukten und im Aktieneigenhandel verzeichnen müssen. Die kritischen Eigenhandelspositionen wurden bis zum Jahresende teilweise abgebaut und zwei designierte Eigenhandelsabteilungen wurden geschlossen. Wegen der Illiquidität der Märkte ließen sich die Positionen jedoch nicht komplett eliminieren, sodass die Bank weiterhin einem Restrisiko ausgesetzt ist.

Die beschriebenen Verluste konnten durch im Vorjahresvergleich deutlich höhere Erträge aus den kundenorientierten Handelsbereichen der Bank, insbesondere aus dem Devisen-, Zins- und Geldmarktgeschäft nicht ausgeglichen werden. Hier konnte die Bank in einem von außergewöhnlich hohen Kundenvolumina gekennzeichneten Marktumfeld ihre Marktposition weiter ausbauen.

Geringere Personal- und Sachkosten

Die Personalaufwendungen gingen vornehmlich aufgrund der deutlich niedrigeren erfolgsabhängigen Vergütungen auf 4,7 Mrd € zurück. Sie lagen damit um ein Drittel unter dem Vorjahreswert. Darin spiegelten sich auch geringere Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung (minus 0,3 Mrd €) wider. Teilweise kompensierend wirkten höhere Abfindungszahlungen. Diese standen vornehmlich im Zusammenhang mit der Änderung der Aufstellung einiger Geschäftsfelder in den Handelsbereichen der Bank.

Die Anzahl der Mitarbeiter nahm per saldo leicht um 351 auf 30.877 zu.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter nach geografischen Regionen:

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	12.317	12.345	- 28
Europa ohne Deutschland	9.207	8.903	+ 304
Amerika	2.027	2.072	- 45
Afrika/Asien/Australien	7.326	7.206	+ 120
Insgesamt	30.877	30.526	+ 351

Die Zunahme der Mitarbeiterzahl entfiel vor allem auf Niederlassungen in Großbritannien, Singapur und Indien, wobei unsere Niederlassungen in China zu der neuen Tochtergesellschaft DB China verschmolzen wurden. Im Ausland wurden vier neue Filialen in Athen, Dubai, Pune und Shanghai eröffnet.

Das Geschäft der Bank wird über die in der Zweigniederlassung Frankfurt am Main zusammengefassten inländischen Filialen und über 54 Geschäftsstellen im Ausland getätigt.

Auch die anderen Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich um 5% auf 4,5 Mrd€. Der Rückgang war in erster Linie auf eine geringere Inanspruchnahme von Beratungsleistungen sowie auf niedrigere EDV-Aufwendungen zurückzuführen. Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 257 Mio€ abgeschrieben (Vorjahr: 226 Mio€).

Aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verblieb per saldo ein Ertrag von 182 Mio€. In den sonstigen betrieblichen Erträgen war ein Gewinn aus der Verschmelzung von Tochtergesellschaften auf die Deutsche Bank AG in Höhe von 1,5 Mrd€ enthalten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten größtenteils Verluste und Bewertungsanpassungen aus zur Veräußerung bestimmten Forderungen.

Risikovorsorge verstärkt

Die Risikovorsorge, welche Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und auf bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthält, stieg im Vergleich zum Vorjahr erheblich an. Die Zuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug (nach Berücksichtigung von Eingängen aus früheren Abschreibungen und der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen) im Berichtsjahr 595 Mio€ (nach 77 Mio€ in 2007). Die Bank sieht sich für künftige Herausforderungen im Kreditgeschäft aufgrund der hohen Qualität ihres Kreditportfolios, ihrer Absicherungsstrategien und ihres aktiven Kreditrisikomanagements gut gerüstet. Die Vorsorge für Wertpapiere der Liquiditätsreserve von per saldo 2,3 Mrd€ resultierte im Wesentlichen aus Verlusten aus der Veräußerung und der Bewertung Eigener Aktien. Insgesamt lag die Risikovorsorge in 2008 bei 2,9 Mrd€ nach 453 Mio€ im Vorjahr.

Übrige Erträge/Aufwendungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere betragen – nach der gemäß § 340c Absatz 2 HGB vorgenommenen Verrechnung mit Erträgen – 1,6 Mrd€. Der Aufwand betrifft größtenteils Wertanpassungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen, die unter Ausnutzung des handelsrechtlichen Wahlrechts auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben wurden.

Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die außergewöhnlich schwierigen Bedingungen an den globalen Finanzmärkten haben das Ergebnis der Bank im Geschäftsjahr 2008 einbrechen lassen und die besonderen Risiken im Bankgeschäft bei extremen Marktverhältnissen deutlich aufgezeigt. Wir haben deshalb den offen ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken, der nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs angesichts der besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gebildet werden darf, in Höhe von 3,5 Mrd€ aufgelöst und zur teilweisen Verlustabdeckung verwendet.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen im Berichtsjahr minus 1,4 Mrd€. Die signifikante Verringerung um 3,2 Mrd€ gegenüber 2007 resultiert maßgeblich aus Steuererstattungen aufgrund des Rücktrags steuerlicher Verluste und der Bildung von per saldo aktiven latenten Steuern auf die Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Ergebnissen bei den Auslandsfilialen.

Jahresfehlbetrag

Für das Geschäftsjahr 2008 weist die Bank einen Jahresfehlbetrag von 2,2 Mrd€ aus, der hauptsächlich auf das schlechte Handelsergebnis zurückzuführen ist.

Gewinnverwendungsvorschlag: Dividende auf 50 Cent gekürzt

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr von 113 Mio€ beläuft sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2008 auf 310 Mio€. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 50 Cent je Stückaktie zu verwenden.

Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG:

in Mio €	2008	2007	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	35.155	38.841	- 3.686	- 9,5
Laufende Erträge ²	7.120	5.988	+ 1.132	+ 18,9
Zinserträge insgesamt	42.275	44.829	- 2.554	- 5,7
Zinsaufwendungen	34.153	36.925	- 2.772	- 7,5
Zinsüberschuss	8.122	7.904	+ 218	+ 2,8
Provisionserträge	6.361	7.355	- 994	- 13,5
Provisionsaufwendungen	1.530	1.689	- 159	- 9,4
Provisionsüberschuss	4.831	5.666	- 835	- 14,7
Nettoaufwand/Nettoertrag aus Finanzgeschäften	- 6.201	5.438	- 11.639	
Löhne und Gehälter	3.743	5.764	- 2.021	- 35,1
Soziale Abgaben ³	958	1.278	- 320	- 25,0
Personalaufwand	4.701	7.042	- 2.341	- 33,2
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	4.702	4.920	- 218	- 4,4
Verwaltungsaufwand	9.403	11.962	- 2.559	- 21,4
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	182	- 1.222	+ 1.404	
Risikovorsorge	2.938	453	+ 2.485	
Betriebsergebnis	- 5.407	5.371	- 10.778	
Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen	- 1.565	- 717	- 848	
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	3.475	-	+ 3.475	
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss vor Steuern	- 3.497	4.654	- 8.151	
Steuern	- 1.312	1.897	- 3.209	
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	- 2.185	2.757	- 4.942	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	113	94	+ 19	+ 20,2
	- 2.072	2.851	- 4.923	
Entnahme aus Gewinnrücklagen	2.382	-	+ 2.382	
- aus der Rücklage für eigene Anteile	2.382	-	+ 2.382	
- aus anderen Gewinnrücklagen	-	-	-	
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	464	- 464	
- in die Rücklage für eigene Anteile	-	244	- 244	
- in andere Gewinnrücklagen	-	220	- 220	
Bilanzgewinn	310	2.387	- 2.077	- 87,0

1 Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

2 Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen) sowie dem Leasinggeschäft.

3 Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

4 Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

Bilanz

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich am 31. Dezember 2008 auf 2.250,7 Mrd €. Der Volumenzuwachs um 460,0 Mrd € oder 25,7 % war im Wesentlichen auf marktbedingt höhere positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese sind brutto unter den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten auszuweisen. Betrachtet man Derivatepositionen mit demselben Kontrahenten auf saldierter Basis, war „netto“ ein erheblich verminderter Anstieg der Position zu verzeichnen. Die übrigen Vermögenswerte in den Handelsbereichen wurden im Berichtsjahr zum Teil deutlich abgebaut. Dies betraf insbesondere Bestände in Wertpapieren und in besicherten Geldmarktgeschäften.

Kreditvolumen

Nach einer kräftigen Steigerung im Vorjahr (+ 85,1 Mrd €) ging das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften) im Berichtsjahr um 9,0 Mrd € (minus 2,5 %) auf 351,0 Mrd € zurück. Hinter dieser Rückbildung verbergen sich unterschiedliche Entwicklungen: Während das Kreditvolumen an eigene Konzernunternehmen um 15,7 Mrd € rückläufig war, wuchs das an Kunden und Banken ausgereichte Kreditvolumen um 6,7 Mrd €.

Insgesamt waren an Firmen- und institutionelle Kunden 261,3 Mrd € (minus 44,9 Mrd €) sowie an Privat- und Geschäftskunden 11,3 Mrd € (+ 5,7 Mrd €) ausgereicht. Die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute nahmen um 27,6 Mrd € auf 69,7 Mrd € zu.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften):

in Mrd €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	281,3	317,5	- 36,2	- 11,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	253,7	290,5	- 36,8	- 12,7
mehr als 5 Jahren	27,6	27,0	+ 0,6	+ 2,2
Wechselkredite²	0,0	0,4	- 0,4	- 99,6
Kredite an Kreditinstitute	69,7	42,1	+ 27,6	+ 65,6
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	55,6	33,2	+ 22,4	+ 67,5
mehr als 5 Jahren	14,1	8,9	+ 5,2	+ 58,4
Insgesamt	351,0	360,0	- 9,0	- 2,5

1 Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

2 Soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) ermäßigten sich, vornehmlich durch Abbau der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte, um 43,1 Mrd € auf 172,1 Mrd €. Davon entfallen 64,2 Mrd € auf eigene Konzernbanken (+ 10,0 Mrd €).

Das Gesamtvolumen der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte – einschließlich der mit Kunden abgeschlossenen Geschäfte – wurde kräftig um 130,2 Mrd € auf 108,1 Mrd € heruntergefahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen infolge niedrigerer Guthaben auf täglich fälligen Konten und kurzfristigen Termineinlagen um 127,8 Mrd € auf 367,7 Mrd € zurück. Die darin enthaltenen Einlagen von unseren Konzernbanken stiegen auf 103,9 Mrd € (+ 2,2 Mrd €).

Wertpapiere

Angesichts der schwierigen Lage an den Finanzmärkten haben wir die Bestände an Wertpapieren beträchtlich zurückgeführt, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 89,2 Mrd € auf 141,3 Mrd € sowie die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 59,4 Mrd € auf 68,5 Mrd €.

Beteiligungen

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz erhöhte sich um 2,1 Mrd € auf 3,0 Mrd €. Zugängen im Beteiligungsbestand von 2,7 Mrd € (darunter Kauf von Anteilen an Warwick Lane Investments B.V., London, sowie Kapitalerhöhung bei der Hua Xia Bank Co. Ltd., Peking) standen Verkäufe und sonstige Abgänge von insgesamt 0,6 Mrd € gegenüber.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Nach einem Rückgang um 1,3 Mrd € werden die Anteile an verbundenen Unternehmen mit 37,1 Mrd € ausgewiesen. Die Zugänge betreffen vor allem die Kapitaleinzahlung in die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH, Frankfurt. Andererseits waren Abgänge zu verzeichnen, insbesondere aus der Verschmelzung der Emathion GmbH, Frankfurt, und der Ethemea GmbH, Frankfurt, auf die Deutsche Bank AG sowie aus einer Kapitalrückzahlung der DB Valoren S.à.r.l., Luxemburg. Darüber hinaus waren auf Anteile an verbundenen Unternehmen Wertanpassungen auf den niedrigeren Zeitwert vorzunehmen.

Eigene Aktien

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 wurde ein weiteres Aktienrückkaufprogramm aufgelegt, das den Rückkauf von bis zu 10 % unserer ausgegebenen Aktien bis zum 31. Oktober 2009 erlaubt. Von diesem Beschluss haben wir bisher keinen Gebrauch gemacht. Von den aus früheren Rückkaufprogrammen aufgebauten Beständen an Eigenen Aktien haben wir den größten Teil veräußert. Zusammen mit den übrigen Handelsbeständen belief sich der Bestand an Eigenen Aktien am 31. Dezember 2008 auf 8,2 Mio Stück (31. Dezember 2007: 29,2 Mio Stück).

Einlagen von Kunden

Die Einlagen von Kunden ermäßigten sich um 143,4 Mrd € (minus 27,6 %) auf 376,9 Mrd €, nachdem im Vorjahr ein Zuwachs von 126,6 Mrd € zu verzeichnen gewesen war. Der Rückgang war im Wesentlichen bei den täglich fälligen Geldern (minus 32,4 Mrd €) und bei den kurzfristigen Termineinlagen mit Laufzeiten bis zu drei Monaten (minus 111,0 Mrd €) zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu stiegen die Spareinlagen wiederum beachtlich um 3,2 Mrd € auf 8,3 Mrd €, vor allem durch das attraktive Festzinssparen. In den Einlagen von Kunden sind durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte in Höhe von 33,4 Mrd € (minus 65,4 Mrd €) enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten reduzierten sich per saldo um 8,4 Mrd € auf 180,7 Mrd €. Dem kräftigen Anstieg begebener Schuldverschreibungen (+ 21,6 Mrd €) standen Rückführungen von Geldmarktpapieren und anderen verbrieften Verbindlichkeiten (minus 30,0 Mrd €) gegenüber.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten:

in Mrd €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	367,7	495,5	- 127,8	- 25,8
täglich fällig	199,2	286,1	- 86,9	- 30,4
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	168,5	209,4	- 40,9	- 19,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	376,9	520,3	- 143,4	- 27,6
Spareinlagen	8,3	5,1	+ 3,2	+ 62,7
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	225,9	258,3	- 32,4	- 12,5
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	142,7	256,9	- 114,2	- 44,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	180,7	189,1	- 8,4	- 4,4
begebene Schuldverschreibungen	55,0	33,4	+ 21,6	+ 64,7
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	125,7	155,7	- 30,0	- 19,3
(darunter Geldmarktpapiere)	(9,5)	(26,6)	(- 17,1)	(- 64,3)

Nachrangige Verbindlichkeiten nahmen durch die gestiegene Anlage von Anleiheerlösen unserer ausländischen Finanzierungsgesellschaften um 3,3 Mrd € auf 17,0 Mrd € zu.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich des Bilanzgewinns von 0,3 Mrd €) betrug 20,9 Mrd €. Aus der Rücklage für eigene Anteile waren 2,4 Mrd € aufzulösen, bedingt durch den niedrigeren Bestand an Eigenen Aktien. Im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG haben wir im September 2008 das Kapital um insgesamt 2,2 Mrd € aufgestockt. Die Kapitalerhöhung erfolgte unter Ausschluss des Bezugsrechts für unsere Aktionäre.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank von § 2a KWG Gebrauch und ermittelt diese Kapitalbasis nur noch auf Konzernebene (siehe Seiten 25 und 26).

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Postbank. Am 14. Januar 2009 haben die Deutsche Bank AG und die Deutsche Post AG eine neue Transaktionsstruktur auf der Basis des im September 2008 vereinbarten Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank vereinbart. Der Vertrag wird in drei Teilen umgesetzt und wurde am 25. Februar 2009 vollzogen. In diesem Rahmen erwirbt die Deutsche Bank 50 Millionen Aktien der Postbank – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung von 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien unter Ausschluss von Bezugsrechten. Für die Deutsche Bank reduziert sich dadurch in der neuen Struktur die erwartete Tier-1-Kapitalbelastung. Die Aktien werden aus bestehendem genehmigtem Kapital emittiert. Infolgedessen wird die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank halten. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni veräußerbar. Am Vollzugstag erwarb die Deutsche Bank eine Pflichtumtauschanleihe der Deutschen Post, die nach Ablauf von drei Jahren in 60 Millionen Aktien, oder 27,4 %, der Postbank getauscht wird. Für die verbleibenden von der Deutschen Post gehaltenen Aktien (26,4 Millionen Aktien beziehungsweise 12,1 %) bestehen Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwertes zum Zeitpunkt des Vollzugs in Höhe von 1,1 Mrd € besichert und sind zwischen dem 36. und 48. Monat nach Vollzug der Transaktion ausübbar.

Cosmopolitan Resort and Casino. Das Cosmopolitan Resort and Casino ist eine von einem verbundenen Unternehmen als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Bau, die als Sachanlage bilanziert und über die Deutsche Bank finanziert wird. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert der Sachanlage auf 1,1 Mrd €. Im ersten Quartal 2009 gab es Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für Eigentumswohnungen, Hotels und Casinos in Las Vegas. In Anbetracht dieser Entwicklung erwägt die Bank momentan verschiedene Optionen zur weiteren Entwicklung des Projekts. Der aus dem Vermögenswert erzielbare Wert hängt von der zukünftigen Marktentwicklung sowie dem weiteren Vorgehen der Bank ab. Infolgedessen könnte sich in 2009 eine Wertminderung des Buchwerts der Sachanlage ergeben, deren Höhe sich jedoch zurzeit nicht verlässlich bestimmen lässt.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, welche auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 285 Nr. 9 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Das Aufsichtsratsplenum beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Der Präsidialausschuss legt die nähere Ausgestaltung und die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Vorstands fest.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2008 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 4.476.684 € (2007: 33.182.395 €) erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden (für das Geschäftsjahr 2007 überwiegend erfolgsabhängigen) Komponenten zusammen:

in €	2008	2007
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	3.950.000	3.883.333
Sonstige Leistungen	526.684	466.977
Erfolgsabhängige Komponenten:		
ohne langfristige Anreizwirkung	–	17.360.731
mit langfristiger Anreizwirkung	–	11.471.354
Gesamtvergütung	4.476.684	33.182.395

Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausbezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein erfolgsabhängiges Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz erläutert werden.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plans. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, sodass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans ausgegeben werden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Die im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche hinsichtlich Zahlung einer variablen Vergütung (Bonus und MTI) verzichtet. Sie erhielten für ihre Vorstandstätigkeit für die Jahre 2008 und 2007 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten		Gesamtvergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen	ohne langfristige Anreizwirkung	mit langfristiger Anreizwirkung ¹	
Dr. Josef Ackermann	2008	1.150.000	239.586	–	–	1.389.586
	2007	1.150.000	151.517	8.148.725	4.531.250	13.981.492
Dr. Hugo Bänziger	2008	800.000	62.160	–	–	862.160
	2007	800.000	73.451	2.713.368	2.031.250	5.618.069
Anthony Di Iorio ²	2008	600.000	24.739	–	–	624.739
	2007	800.000	50.806	2.713.368	2.031.250	5.595.424
Stefan Krause ³	2008	600.000	107.306	–	–	707.306
	2007	–	–	–	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2008	800.000	92.893	–	–	892.893
	2007	800.000	130.058	2.713.368	2.031.250	5.674.676

¹ Die Anzahl der 2008 für das Geschäftsjahr 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Betrag von 76,47 €, des durchschnittlichen Schlusskurses der Deutsche Bank-Aktie an den 10 Handelstagen vor dem 5. Februar 2008 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 59.255, Herr Dr. Bänziger 26.562, Herr Di Iorio 26.562 und Herr Lamberti 26.562.

² Mitglied des Vorstands bis 30. September 2008.

³ Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Aus Mandaten für konzern-eigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur dem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf der Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2008 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 317.893 €, für Herrn Dr. Bänziger von 429.167 €, für Herrn Di Iorio von 239.973 €, für Herrn Krause von 100.691 € und für Herrn Lamberti von 273.192 €. Im Jahr 2007 ergab sich für die vorgenannten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 354.291 €, für Herrn Dr. Bänziger von 501.906 €, für Herrn Di Iorio von 345.271 €, für Herrn Krause von 0 € (wurde erst im Jahr 2008 in den Vorstand bestellt) und für Herrn Lamberti von 307.905 €.

Zum 31. Dezember 2008 wiesen die Versorgungskonten der gegenwärtigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 4.098.838 € für Herrn Dr. Ackermann, 1.379.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 216.000 € für Herrn Krause und 4.166.174 € für Herrn Lamberti. Zum 31. Dezember 2007 hatten die Versorgungskonten folgende Guthaben ausgewiesen: 3.782.588 € für Herrn Dr. Ackermann, 785.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 0 € für Herrn Krause (wurde erst im Jahr 2008 in den Vorstand bestellt) und 3.770.174 € für Herrn Lamberti. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2008 oder 31. Dezember 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beinhaltet in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus und MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus, MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 27. Februar 2009 beziehungsweise 29. Februar 2008 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienrechten aus DB Equity Units:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units ¹
Dr. Josef Ackermann	2009	334.577	133.789
	2008	275.421	192.945
Dr. Hugo Bänziger	2009	24.101	77.441
	2008	31.219	103.881
Stefan Krause	2009	–	–
	2008	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2009	88.373	59.973
	2008	74.445	86.491
Insgesamt	2009	447.051	271.203
Insgesamt	2008	381.085	383.317

¹ Einschließlich der Aktienrechte (Restricted Equity Units) von Herrn Dr. Bänziger, der diese im Zusammenhang mit dem vor der Ernennung als Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten hat. Die in der Tabelle erfassten DB Equity Units und Restricted Equity Units haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. In der Folge werden die letzten Aktienrechte am 1. August 2011 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 27. Februar 2009 insgesamt 447.051 Aktien, was rund 0,08 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 29. Februar 2008 hielten sie insgesamt 381.085 Aktien, was rund 0,07 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2008 für ihre Tätigkeit als Vorstand in Vorjahren gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 3.368.011 €, für Herrn Dr. Bänziger 1.103.939 €, für Herrn Di Iorio 2.143.050 € und für Herrn Lamberti 1.509.798 €. Im Geschäftsjahr 2007 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.199.221 €, für Herrn Dr. Bänziger 403.758 €, für Herrn Di Iorio 403.758 € und für Herrn Lamberti 1.434.133 €. Herr Krause wurde erst im April 2008 Mitglied des Vorstands, sodass im Geschäftsjahr 2008 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung entstand.

Weitere Informationen zu den Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans gewährt wurden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19%), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihr Mitarbeitergehalt. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 neu konstituiert hat, haben wie schon im Vorjahr auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss, einschließlich des Sitzungsgelds, verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2009 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2008 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich würde jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2009 für seine Tätigkeit im Jahr 2008 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung erhalten. Angesichts der Finanzmarktkrise hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 einstimmig beschlossen, auf diese erfolgsabhängigen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 zugunsten der Bank zu verzichten. Dieser Verzicht betrifft die amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats und umfasst die variable Vergütung, einschließlich der zusätzlichen variablen Vergütungen für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats und die Mitgliedschaften in den Ausschüssen nach § 14 der Satzung. Dem Verzicht auf die variable Vergütung haben sich auch alle ehemaligen Mitglieder des Aufsichtsrats angeschlossen, die mit Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind und daher noch für die

ersten fünf Monate des Geschäftsjahres 2008 einen Vergütungsanspruch haben. Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats beträgt demzufolge 2.478.500 € (2007: 6.022.084 €).

Sonstige Angaben

Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und Erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2008 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.461.399.078,40 €, eingeteilt in 570.859.015 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2008 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforder-

liches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2008 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 308.600.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2012 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
150.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € ¹	30. April 2011
30.600.000 €	30. April 2012

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlage um bis zu 140.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital ist Gegenstand eines laufenden Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, noch nicht in das Handelsregister eingetragen und damit noch nicht wirksam geworden. Es wird nach Eintragung bis zum 30. April 2013 ausgenutzt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

In der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Auch dieses bedingte Kapital ist noch nicht im Handelsregister eingetragen und damit noch nicht wirksam geworden.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer

Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2009 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im vorhergehenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Risikobericht

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund der breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und den kontinuierlichen Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise, die in 2007 begann und über den Berichtszeitpunkt hinaus andauert, deutlich. Obwohl das Risiko- und Kapitalmanagement der Deutschen Bank kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Arten von Risiken

Die Deutsche Bank AG ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, darunter Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen, Reputations- und allgemeinen Geschäftsrisiken.

Die Risiken der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert ist. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil wirken sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

Risikomanagement der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Selbstverständlich werden alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auch von der Deutschen Bank AG eingehalten. Die ausführliche Darstellung des Risikomanagements im Konzernverbund ist dem Risikobericht im Konzern-Finanzbericht zu entnehmen.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand gibt den Rahmen für das Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns vor. Der Chief Risk Officer, Mitglied des Vorstands, ist insbesondere für die Risikomanagementaktivitäten zu Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen, Rechts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken sowie das Kapitalmanagement im Konzern verantwortlich. Ferner leitet er die integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion: Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion, das Capital and Risk Committee und das Risk Executive Committee. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Die Aufgaben des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung. Zusätzlich fungiert der Chief Risk Officer als Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig ist.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen und Messinstrumenten an. Einige dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente stellen unter anderem die folgenden Informationen bereit:

- Informationen, die eine Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter beziffern (sogenannte Sensitivitätsanalysen).
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung gegenseitiger Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf der Basis statistischer Verfahren messen.
- Informationen, die Verlustrisiken aus extremen Bewegungen in Marktpreisen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren.

Die Grundsätze und Risikolimits der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente und Kenngrößen über alle Konzernbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu steuern.

Angaben zu Risikoarten

Die folgenden Abschnitte enthalten Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, und manifestiert, wenn diese ihre vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen. Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Risikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert.

Kreditrisiken werden unter anderem auch dann eingegangen, wenn die Bank hohe Zusagen mit der Absicht abgibt, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Unter normalen Marktbedingungen erfolgt der Ab- oder Weiterverkauf der Risiken in der Regel innerhalb von 90 Tagen nach dem Tag des Geschäftsabschlusses. Infolge der fortgesetzten Marktverschiebungen erlebte die Bank in 2008 weitere Verzögerungen im Weiterverkauf ihrer Verpflichtungen aus Krediten und Wertpapieren in diesem Geschäft. Das größte Risiko der Deutschen Bank beim Weiterverkauf von Risiken in 2008 stand in Verbindung mit dem Leveraged-Finance- und Immobiliengeschäft (insbesondere mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen) – Geschäftsfelder, in denen die Bank in 2008 nennenswerte Verluste erlitten hatte.

Marktrisiko

Das Marktrisiko resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch ein. Die Bank nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der die Bank alle Marktrisiken sowohl in den Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschreibt und aggregiert. Das handelsbuchbezogene Marktrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Marktrisikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert. Dabei kommt eine umfangreiche Risikolimitstruktur nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Einsatz, die in ihren wesentlichen Teilen vom Market Risk Management festgelegt wird. Das Capital and Risk Committee überwacht unsere nicht handelsbuchbezogenen Marktrisikoaktivitäten und wird in dieser Funktion von einem dedizierten Investment & Risk Management Team unterstützt.

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für die in Extremszenarien auftretenden Risiken unserer Portfolios. Daher führt die Deutsche Bank auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen die Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall des Value-at-Risk-Modells abgedeckt sind, bewertet werden.

Diese Stresstests bilden die Basis der Einschätzung des Ökonomischen Kapitalbedarfs zur Abdeckung von Marktrisiken der Positionen der Deutschen Bank. Die Entwicklung der Methodik des Ökonomischen Kapitals wird überwacht durch das Regulatory Capital Steering Committee, dessen Vorsitz der Chief Risk Officer innehat.

Die Deutsche Bank entwickelt die diesen Stresstests zugrunde liegenden Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Während des Jahres 2008 wurden diese Schocks neu kalibriert, um die Markt Ereignisse in 2007 und Anfang 2008 zu reflektieren. Trotz dieser Neuanpassung unterschätzten die zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs eingesetzten Modelle in einigen Fällen noch immer die extremen Marktbewegungen im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wie zum Beispiel die beobachteten extremen Bewegungen der impliziten Volatilitäten der Märkte für Aktien, Zinssätze und Wechselkurse. Darüber hinaus haben die verwendeten Annahmen zur Liquidität die schnellen Marktentwicklungen dieser Zeit nicht angemessen vorhergesehen, was die Möglichkeiten zur Risikoreduzierung durch Abwicklung der Positionen im Markt

oder durch dynamische Absicherung unserer Derivateportfolios reduzierte. Darunter sind anzuführen zum Beispiel die starke Illiquidität in den Märkten für Wandelschuldverschreibungen, Kredite und Kreditderivate.

Infolge dieser Beobachtungen und vor dem Hintergrund der sich aus extremen Marktbewegungen – wie in 2008 beobachtet – ergebenden Verlusten wiederholt die Deutsche Bank derzeit den Kalibrierungsprozess, um die zum Ende des Jahres 2008 beobachteten Marktbewegungen zu erfassen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umschreibt das Risiko, dass die Bank möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen. Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Die Steuerung basiert auf einer Analyse aller zukünftigen Cashflows nach Geschäftsbereich, Produkt, Währung und Lokation. Der Steuerungsprozess beinhaltet die Überwachung und Limitierung aggregierter Mittelabflüsse und Mittelaufnahmen. Diversifikationseffekte und Kundenkonzentration werden beobachtet. Die Deutsche Bank verwendet Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich in der anhaltenden Finanzmarktkrise ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Das Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied im Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee, ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, bildet das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Das Operational Risk Management ist für die Definition des Risikorahmenwerks bezüglich operationeller Risiken sowie dazugehöriger Richtlinien und die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken verantwortlich, während die Verantwortung für die Umsetzung des Rahmenwerks und das tagtägliche Management operationeller Risiken bei den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen liegen. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Überwachung und zu einem verstärkten Bewusstsein für operationelle Risiken.

Reputationsrisiko

Für die Risikomanagementprozesse wird das Reputationsrisiko als die Gefahr definiert, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das Vertrauen in die Deutsche Bank negativ beeinflusst wird. Das Group Reputational Risk Committee ist ein offizielles Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Es prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Risiken, die durch veränderte Rahmenbedingungen entstehen. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn die Deutsche Bank sich nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellt, können diese Risiken die Ertragslage beeinträchtigen.

Von der Bankaufsicht vorgeschriebene Kenngrößen

Mit dem Inkrafttreten der 7. KWG-Novelle Anfang 2007 hat die Bank von der Möglichkeit des § 2a Absatz 6 KWG Gebrauch gemacht, auf eine Einzelinstitutsberechnung der Solvabilität und anderer aufsichtsrechtlicher Auflagen zu verzichten. Die aufsichtsrechtliche Beurteilung der Solvabilität und damit der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene des Deutsche Bank-Konzerns. Seit 2008 veröffentlicht die Deutsche Bank Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß der Solvabilitätsverordnung, durch die das überarbeitete Kapitalregelwerk des Basler Ausschusses von 2004 („Basel II“) in Deutschland umgesetzt wurde. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2007 hat die Deutsche Bank Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß dem Basel-I-Regelwerk veröffentlicht, welche somit keine vergleichbare Basis darstellen. Die Kenngrößen zur Beurteilung der Solvabilität sind die Risikoposition und die Eigenmittel.

Risikoposition

Die Risikoposition gibt das nach bankenaufsichtsrechtlichen Vorschriften ermittelte Risiko an. Bei der Berechnung der Risikoposition werden für die einzubeziehenden Risikoarten interne von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle verwendet. Mehr als 90 % der Engagements der Bank, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe der internen Rating-Modelle im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen Internal Rating Based Approach („Advanced IRBA“) bewertet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente im Hinblick auf die Risikoposition der Bank anerkannt. Das operationelle Risiko wird auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks mittels einer Methodik zum Advanced Measurement Approach (AMA) gesteuert mit dem die Bank das operationelle Risikoprofil im Vergleich zu der Risikoneigung festlegen und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikoverringerung definieren kann. Während des Geschäftsjahres 2008 hat die Bank die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach (AMA) aufrechterhalten.

Die folgende Tabelle zeigt die Risikoposition für die Deutsche Bank-Gruppe:

	31.12.2008	31.12.2007
	Basel II	Basel I
in Mio €		
Kreditrisiken	247.611	314.845
Marktrisiken	23.496	13.973
Operationelle Risiken	36.625	N/A
Risikoposition insgesamt	307.732	328.818

N/A nicht anwendbar

Eigenmittel

Die zur Unterlegung der Risikoposition anrechenbaren Eigenmittel bestehen aus Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital sowie Tier-3-Kapital und setzen sich für die Deutsche Bank-Gruppe wie folgt zusammen:

in Mio € (ausgenommen Prozentangaben)	31.12.2008	31.12.2007
	Basel II	Basel I
Tier-1-Kapital	31.094	28.320
Tier-2-Kapital	6.302	9.729
Nutzbares Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt	37.396	38.049
Tier-1-Kapitalquote	10,1 %	8,6 %
Eigenmittelquote	12,2 %	11,6 %

Mit einer Eigenmittelquote von 12,2 % lag der Deutsche Bank-Konzern deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindest-Eigenmittelquote von 8 %.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, die Bank nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung ihrer Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Übergangsposten 971 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Gesamtrisikoposition um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2008 die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und Eigenmittelquote der Bank unter Berücksichtigung dieses Postens auf 10,4 % beziehungsweise 12,4 %.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2008 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft erlebt derzeit den stärksten Einbruch der Nachkriegsgeschichte und dürfte im laufenden Jahr den ersten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren, nachdem sie 2008 noch um 3,5 % gewachsen war. Eine Stabilisierung der Weltwirtschaft ist frühestens gegen Ende dieses Jahres zu erwarten. In 2010 könnte wieder ein schwaches Wachstum erreicht werden.

Ursache für diesen globalen Einbruch ist die US-amerikanische Wirtschaft, die sich seit Anfang 2008 in einer Rezession befindet. Trotz des verabschiedeten Pakets in Höhe von fast 800 Mrd US-\$ zur Ankurbelung der Wirtschaft und der Nullzinspolitik der US-amerikanischen Notenbank wird die amerikanische Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr voraussichtlich um knapp 3 % zurückgehen. Erst 2010 dürfte die US-Wirtschaft wieder einen Wachstumskurs einschlagen, dabei aber immer noch weit unter ihrem Potenzial bleiben.

Den Schwellenmärkten gelang es nicht, sich von dem starken Konjunkturrückgang in den USA abzukoppeln. In Asien wird das Wachstum 2009 voraussichtlich auf unter 4% fallen und sich damit gegenüber 2007 mehr als halbieren. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika dürfte in diesem Jahr stagnieren und in Osteuropa sogar leicht fallen.

Nach den USA gerieten auch die Länder der Eurozone in eine Rezession. Auch hier wird mit einer deutlichen Verbesserung nicht vor Ende 2009 beziehungsweise Anfang 2010 zu rechnen sein. Die deutsche Wirtschaft wird wegen ihrer hohen Exportabhängigkeit vom Einbruch der weltweiten Nachfrage besonders hart getroffen. Trotz gesunkener Preise für Öl und andere Rohstoffe, einer gelockerten Geldpolitik durch die EZB und umfangreicher Konjunkturpakete der Regierung zur wirtschaftlichen Stimulierung ist für 2009 mit einem Rückgang des realen BIP von 3,5 % zu rechnen. Für 2010 sind eine leichte wirtschaftliche Erholung und ein BIP-Wachstum von etwa 1 % möglich.

Die Wirtschaftsleistung in der Eurozone wird 2009 voraussichtlich in etwa demselben Maße zurückgehen wie in Deutschland. Auch wenn einige Länder der Eurozone weniger stark als Deutschland von der Auslandsnachfrage abhängig sind, belasten die Korrekturen auf den Immobilienmärkten in Ländern wie Spanien, Irland und Großbritannien das BIP-Wachstum.

Infolge der hohen Öl- und Rohstoffpreise ist die Inflationsrate in den Industrieländern 2008 auf eine seit Jahren nicht mehr verzeichnete Höhe gestiegen. Mit Beginn der Rezession fielen die Rohstoffpreise signifikant und reduzierten somit den Inflationsdruck deutlich. In den USA stagnierten die Verbraucherpreise im Januar 2009 im Vergleich zum Vorjahr und könnten im Jahresdurchschnitt um knapp 1 % fallen. Die Kerninflation (ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung von Öl und Nahrungsmitteln) dürfte dabei etwa 1,5 % erreichen. Die Inflationsrate könnte 2009 auch in Deutschland vorübergehend negativ ausfallen.

Zusätzliche Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich noch durch eine Verschärfung geopolitischer Spannungen, politische Instabilität, potenzielle terroristische Aktivitäten oder bewaffnete Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt ergeben. Eine Ausweitung oder deutliche Verschärfung der Finanzkrise könnte zu tief greifenden Verwerfungen im Finanzsektor sowie zum Zusammenbruch zahlreicher Finanzinstitute führen. Insbesondere für den Fall, dass staatliche Interventionen die Auswirkungen nicht unter Kontrolle bringen, könnte die Weltwirtschaft in eine lang andauernde Krise geraten.

Der Bankensektor und die Deutsche Bank

Der Ausblick für den Bankensektor und die Deutsche Bank AG wird von der in 2007 ausgelösten Finanzkrise und insbesondere von den Entwicklungen im letzten Quartal 2008 stark beeinflusst. Das vierte Quartal des Berichtsjahres war für die Finanzmärkte durch außerordentlich turbulente und schwierige Geschäftsbedingungen gekennzeichnet. Nach der Zahlungsunfähigkeit einer großen US-amerikanischen Investmentbank im September gerieten die Kapitalmärkte in eine akute Stresssituation, gekennzeichnet von einem deutlichen Rückgang des Interbankengeschäfts, extremer Illiquidität auf Kredit- und anderen Märkten sowie außergewöhnlich hoher Volatilität, einschließlich drastischer Einbrüche, auf den wichtigsten Aktienmärkten. Diese Entwicklungen belasteten auch die Bilanzen der Banken und deren Liquiditäts- und Refinanzierungsvereinbarungen. Zentralbanken und Regierungen intervenierten in einem seit Jahren nicht erfolgten Umfang, indem sie auf Schlüsselmärkten Liquidität bereitstellten und Banken durch Direktbeteiligungen neues Kapital zuführten.

Auch 2009 dürfte das geschäftliche Umfeld im Bankensektor sehr schwierig bleiben, ungeachtet der fortgesetzten Interventionen von Regierungen und Zentralbanken zur Vertrauensbildung und zur Stabilisierung der Märkte. Der Bankensektor steht vor einer Reihe großer Herausforderungen. Risikopositionen für problembehaftete Altbestände sowie die Verschlechterung des Kreditumfelds angesichts des Übergreifens der Krise auf die Realwirtschaft werden die Bilanzen weiter belasten. Der Anstieg der Ausfallquoten sowohl bei Firmenkunden als auch bei Privatpersonen infolge der Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds wird sich in den Kreditbüchern niederschlagen. Diese und andere Faktoren werden wiederum die Kapitalquoten belasten. Nachlassende Kundennachfrage in einigen Produktbereichen, verursacht durch die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität, gestiegene Anforderungen bei der Kreditvergabe und allgemeine Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren dürften die Ertragslage weiter beeinträchtigen.

Darüber hinaus erwarten den Bankensektor politische, aufsichtsrechtliche und organisatorische Herausforderungen. Das Jahr 2008 war von umfangreichen Konsolidierungs- und Fusionsaktivitäten gekennzeichnet. Dies dürfte zu deutlichen Verwerfungen infolge der Integrations-, Restrukturierungs- oder internen Reorganisationsaktivitäten der betroffenen Institute führen. Geschäftsstrategie, Kreditvergabe, Vergütungssysteme und Gewinnverwendung der Banken dürften ferner vermehrt von der angekündigten Verschärfung aufsichtsbehördlicher Auflagen und von staatlichen Interventionen beeinflusst werden, insbesondere bei jenen Instituten, an denen der Staat eine Direktbeteiligung erworben hat.

Für 2010 ist mit einer gewissen Erholung im Bankensektor zu rechnen. Dabei sollten sich die Interventionen von Regierungen und Zentralbanken zur Stabilisierung der Märkte und zur Stärkung der Finanzinstitute ebenso positiv auswirken wie die zuvor erwähnte langsame Erholung der Weltwirtschaft, unterstützt durch Maßnahmen zur Konjunkturbelebung von Regierungen weltweit, die eingeleiteten oder bereits umgesetzten Korrekturmaßnahmen der Bankenbranche selbst wie auch durch eine allmähliche Stabilisierung der Immobilienmärkte in den USA und anderen wichtigen Industrienationen. Allerdings dürften die Geschäftsvolumina in einigen Produktbereichen, einschließlich bestimmter illiquider, strukturierter Kreditprodukte und im Leveraged-Finance-Geschäft das Niveau des Jahres 2006 oder der ersten Jahreshälfte 2007 voraussichtlich nicht wieder erreichen. Falls die Wirkung der zuvor erwähnten korrigierenden und stimulierenden Maßnahmen ausbleibt oder sich die Verfassung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte trotz dieser Maßnahmen weiter verschlechtert, würde das auch den Ausblick für den Bankensektor negativ beeinflussen.

Die Deutsche Bank

Ein solches Umfeld wird alle Geschäftsbereiche der Deutschen Bank vor erhebliche Herausforderungen stellen, die nachfolgend näher dargelegt werden. Die Deutsche Bank hat bereits in 2008 mit wesentlichen Schritten auf die genannten Herausforderungen reagiert. Hierzu zählen die Stärkung unserer Kapitalquote, der Abbau von Altbeständen in Handelsbüchern in kritischen Bereichen wie dem Leveraged-Finance-Geschäft und dem Geschäft mit gewerblichen Immobilien, die Reduzierung des Handels mit nicht derivativen Produkten, Kosteneinsparungen in ausgewählten Geschäftsfeldern und der Erhalt einer starken Refinanzierungsbasis. Alle diese Faktoren dürften 2009 zu einer weiteren Festigung der Finanzkraft der Deutschen Bank beitragen. Die Verringerung der Bilanzsumme bei gleichzeitiger Verbesserung des Risikoprofils könnte 2009 gewisse Opportunitätskosten in unseren Erträgen verursachen.

Anhaltend schwierige Marktbedingungen könnten sich auch negativ auf die Ertragslage in Kerngeschäftsfeldern der Deutschen Bank auswirken. Dadurch könnten, zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen, weitere Kosteneinsparungen erforderlich sein. In diesem Zusammenhang lässt sich auch ein Stellenabbau nicht ausschließen, der kurzfristig zu Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Kosten führen könnte.

Die Deutsche Bank wird darüber hinaus von den zuvor beschriebenen politischen, aufsichtsrechtlichen und organisatorischen Herausforderungen betroffen sein. In einigen Bereichen dürften die Auswirkungen bei der Deutschen Bank geringer ausfallen als bei manchen Mitbewerbern, da die Deutsche Bank weder an größeren Fusionen beteiligt war noch direkte staatliche Finanzhilfen in Anspruch genommen hat. Fusionsbedingte Integrations- oder Restrukturierungsmaßnahmen können zu Störungen in den betrieblichen Abläufen bei anderen Instituten führen. Die Handlungsfreiheit von Banken, welche direkte Staatshilfen in Anspruch genommen haben, ist beschränkt. Dadurch eröffnet sich für die Deutsche Bank die Chance, in Schlüsselbereichen Marktanteile hinzuzugewinnen und durch gezielte Anwerbung von Talenten oder durch selektive Akquisitionen in ausgewählte Geschäftsfelder zu investieren. Die Bank wird dabei ihre Kapitalquote und andere Kennzahlen entsprechend der Marktsituation und den gegebenen Anforderungen steuern. Andererseits wäre die Deutsche Bank wie ihre Mitbewerber von künftigen aufsichtsbehördlichen Änderungen betroffen. Die Bank hat bereits eine Überprüfung ihrer Vergütungsverfahren eingeleitet.

Sofern die Entwicklung der Weltwirtschaft, unserer Wettbewerber und an den Finanzmärkten ebenso wie die Veränderungen im rechtlichen und regulatorischen Umfeld im hier dargelegten Rahmen bleiben, sollte die Deutsche Bank in 2009 in die Gewinnzone zurückkehren.

In 2010 sollte die positive Wirkung der zuvor erwähnten Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Stabilisierung des weltweiten Finanzsystems und zur Konjunkturbelebung in den führenden Industrienationen auch die Deutsche Bank begünstigen. Zusätzlich dürfte die Deutsche Bank auch die Erfolge jener Maßnahmen erfahren, die das Management der Bank als Reaktion auf die Finanzkrise ergriffen hat und die an anderer Stelle in diesem Bericht ausführlich besprochen wurden. Andererseits würde eine weitere Verschlechterung der Weltwirtschaft oder der Situation an den Finanzmärkten ebenso wie die Unwirksamkeit der zuvor erwähnten korrigierenden und stimulierenden Maßnahmen den Ausblick für die Deutsche Bank negativ beeinflussen.

Corporate and Investment Banking

Das Investmentbanking-Geschäft wird 2009 vor erheblichen Herausforderungen stehen. Die Kapitalmärkte dürften weiterhin mit Illiquidität, Volatilität und dem Fehlen klarer Richtungsvorgaben zu kämpfen haben. All das würde die Investitionsbereitschaft und das Vertrauen der Anleger eher schwächen. Die Ertragspools im Investmentbanking werden voraussichtlich unterhalb des vor der Krise erreichten Niveaus bleiben. Bestimmte Handelsbereiche für stark strukturierte, verbriefte oder illiquide Produkte, die von den Entwicklungen im vergangenen Jahr stark betroffen waren, werden auf kurze Sicht ihr früheres Geschäftsniveau nicht wieder erreichen. Im Gegensatz dazu haben sich die Geschäftsvolumina bei liquiden kundenbezogenen Handelsprodukten wie dem Devisen- oder Geldmarkthandel auch unter schwierigen Bedingungen als robust erwiesen. Die Geschäftsvolumina im Leveraged-Finance-Geschäft werden voraussichtlich weiter auf erheblich niedrigerem Niveau als vor Beginn der Krise bleiben. Die eingeschränkte Verfügbarkeit von Fremdfinanzierungsmitteln dürfte sowohl das Geschäftsvolumen von M&A- und Übernahmeaktivitäten insgesamt als auch die Größe der einzelnen Transaktionen beeinträchtigen. Das gewerbliche Immobiliengeschäft wird voraussichtlich ebenfalls unter dem Vorkrisenniveau bleiben. IPO-Aktivitäten werden aufgrund der ungewissen Situation auf den Aktienmärkten wahrscheinlich weiterhin unter dem Niveau von 2006 und Anfang 2007 verharren. Hingegen dürfte sich der Bedarf der Firmen an Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung auf die Nachfrage positiv auswirken.

Dieses Umfeld wird die Handelsbereiche der Deutschen Bank vor Herausforderungen stellen, ihnen aber auch Chancen eröffnen. Bei bestimmten strukturierten Handelsprodukten, einschließlich Verbriefungen und strukturierter Finanzierungen, werden die Erträge durch die schwächeren Geschäftsaktivitäten in diesen Produktfeldern beeinträchtigt werden. Auch das Corporate Finance-Geschäft wird wahrscheinlich von den rückläufigen Aktivitäten im Primärmarkt-emissionsgeschäft und in der M&A-Beratung betroffen sein. Neugeschäfte im Leveraged-Finance-Bereich und im Geschäft mit gewerblichen Immobilien werden voraussichtlich deutlich unter dem Vorkrisenniveau bleiben. Im Handelsgeschäft sollte die Deutsche Bank ihre führende Position, gemessen an den Erträgen und Ergebnissen in Branchenumfragen, in bestimmten umsatzträchtigen Handelsbereichen dank solider Geschäftsvolumina bestätigen. Darüber hinaus bietet der Bedarf der Firmenkunden an Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung Ertragsmöglichkeiten im Geschäftsbereich Corporate Finance – sowohl bei der Beratung als auch bei Kapitalbeschaffungen am Sekundärmarkt. Die Deutsche Bank dürfte darüber hinaus von einer Ausweitung der Margen in einigen Handelsbereichen gegenüber dem Vorkrisenniveau profitieren. Die aktuellen Konsolidierungsaktivitäten eröffnen der Deutschen Bank die Chance, Marktanteile hinzuzugewinnen, da einige Mitbewerber im Investmentbanking ihre Geschäftsaktivitäten in bestimmten Geschäftsfeldern restrukturieren, reorganisieren, abbauen oder sich ganz aus ihnen zurückziehen.

Der Ausblick für das Transaction Banking wird 2009 voraussichtlich durch negative und positive Faktoren beeinflusst werden. Das Zinsniveau in der Eurozone und in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen, das bereits 2008 gesunken ist, dürfte auch 2009 weiter zurückgehen und damit den Zinsüberschuss belasten. Auch Wechselkursentwicklungen könnten sich ungünstig auf das Transaction Banking-Geschäft auswirken, während sich ein allgemeiner wirtschaftlicher Rückgang auf den wichtigsten Märkten negativ auf den internationalen Handel auswirken und so die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance reduzieren könnte. Auf der anderen Seite würden eine Stabilisierung der US-Wirtschaft, ein stärkerer US-Dollar und eine Erhöhung der Zinssätze in den USA die Ertragschancen ebenso positiv beeinflussen wie eine Stabilisierung des US-Immobilienmarkts.

Das Transaction Banking-Geschäft der Deutschen Bank dürfte ebenfalls unter dem oben beschriebenen schwierigen Marktumfeld leiden. Dagegen dürfte der Ausblick durch das anhaltende profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie durch die führende Position des Bereichs in wichtigen Märkten positiv beeinflusst werden. Somit ist die Deutsche Bank gut aufgestellt, um unter schwierigen Marktbedingungen neue Kunden zu gewinnen. Darüber hinaus ist dieser Bereich gut positioniert, um von einer Expansion in neue Märkte und einer stärkeren Durchdringung des Kundenstamms in bestehenden Kernmärkten zu profitieren. Zusätzlich kann der Bereich auf bestehende Technologien zurückgreifen, um sein Angebot an Kunden auszuweiten und zu kleineren Mittelstandsunternehmen vorzudringen. Auch die Entwicklungen im Produktangebot wie beispielsweise „FX4Cash“ (eine Plattform für den währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr) wirken sich positiv auf den Ausblick aus.

Private Clients and Asset Management

Der Ausblick für das Anlagemanagement wird 2009 durch verschiedene Faktoren belastet. Die rückläufigen Aktienbewertungen im Jahresverlauf 2008 und die gesunkenen Marktaktivitäten von Privat- und institutionellen Kunden dürften zu einem Rückgang der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen führen. Gleichzeitig werden die äußerst schwierigen Bedingungen für die Hedgefondsbranche in der zweiten Jahreshälfte 2008 sowie die Einbrüche auf den Immobilienmärkten wichtiger Volkswirtschaften weltweit die Aussichten für Alternative Investments negativ beeinflussen. Infrastrukturinvestments dürften angesichts des Rückgangs im Binnen- und Welthandel als Folge des verlangsamten Wachstums der Weltwirtschaft unter Druck geraten. Die Erträge im Anlagemanagement könnten weiter unter Druck geraten, sollten Investoren in als sicher geltendes Bargeld oder in einfachere Produkte mit geringeren Margen umschichten. Dagegen würde der Ausblick durch die Aussicht auf eine Stabilisierung oder Erholung der Aktienmärkte sowie durch das gestiegene Kundeninteresse an defensiven Anlageprodukten positiv beeinflusst. Ferner dürften langfristige Trends das Geschäft im Anlagemanagement weiter grundsätzlich begünstigen: zum einen die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten angesichts der steigenden Lebenserwartung in den etablierten Volkswirtschaften, zum anderen der stetige, wenn auch verlangsamte Wohlstandszuwachs in den Schwellenländern.

2009 dürften sich verschiedene Faktoren negativ auf das Privat- und Firmenkundengeschäft auswirken. Das Management der Deutschen Bank hat diese bereits mit diversen Initiativen adressiert. Die Erträge im Brokeragegeschäft und im Portfolio Management werden voraussichtlich weiter unter Druck stehen. Dies hängt mit rückläufigen Aktienbewertungen und einer aufgrund der negativen Stimmung an den Aktienmärkten gesunkenen Kundenaktivität im Brokeragegeschäft zusammen. Bareinlagen und einfachere Anlageprodukte dürften bei Privatanlegern weiter nachgefragt werden. Die Margen im Einlagengeschäft könnten durch gesunkene Zinssätze und den intensiven Wettbewerb zwischen Banken um Neu- und Bestandskunden unter Druck geraten. Die Wertberichtigungen für Kreditausfälle dürften in einem herausfordernden und bisweilen von Rezession geprägten Marktumfeld steigen. In manchen Märkten, einschließlich Deutschland, dürfte das Wettbewerbsumfeld im Retailgeschäft auch von den Integrationsaktivitäten infolge der Fusionen und der Konsolidierung des Jahres 2008 betroffen sein.

Bilanz

Aktivseite in Mio €				31.12.2008	31.12.2007
Barreserve					
a) Kassenbestand			18		20
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			29.851		11.619
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	24.594				(9.238)
				29.869	11.639
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			1.006		2.675
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	238				(1.494)
b) Wechsel			1		433
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(0)
				1.007	3.108
Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			120.673		108.188
b) andere Forderungen			121.195		149.193
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	37.916				(79.892)
				241.868	257.381
Forderungen an Kunden				405.850	588.926
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.878				(2.564)
Kommunalkredite	8.105				(5.816)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	70.176				(158.377)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		2.248			1.006
ab) von anderen Emittenten		7.120			7.830
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9				(78)
			9.368		8.836
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		34.541			87.709
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.385				(40.937)
bb) von anderen Emittenten		93.984			130.908
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	31.638				(20.218)
			128.525		218.617
c) Eigene Schuldverschreibungen			3.358		2.970
Nennbetrag	3.785				3.090
				141.251	230.423
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				68.468	127.892
Beteiligungen				2.964	870
darunter: an Kreditinstituten	502				(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	112				(67)
Anteile an verbundenen Unternehmen				37.071	38.323
darunter: an Kreditinstituten	6.106				(6.035)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.495				(1.417)
Treuhandvermögen				757	1.034
darunter: Treuhandkredite	291				(334)
Immaterielle Anlagewerte				406	530
Sachanlagen				892	911
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 21 Mio €)				227	2.610
Sonstige Vermögensgegenstände				1.317.648	525.503
Steuerabgrenzungsposten				1.477	899
Rechnungsabgrenzungsposten				910	627
Summe der Aktiva				2.250.665	1.790.676

Passivseite in Mio €			31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		199.235		286.102
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		168.458		209.430
			367.693	495.532
darunter:				
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	20.234			(85.371)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.402		2.953
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.936		2.185
			8.338	5.138
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		225.899		258.296
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		142.643		256.905
			368.542	515.201
darunter:			376.880	520.339
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	33.433			(98.844)
Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		54.974		33.374
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		125.709		155.751
			180.683	189.125
darunter:				
Geldmarktpapiere	9.514			(26.550)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	169			(3.768)
Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	291		757	1.034
				(334)
Sonstige Verbindlichkeiten				
Rechnungsabgrenzungsposten				
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.190		3.105
b) Steuerrückstellungen		1.162		2.297
c) andere Rückstellungen		4.402		6.936
			8.754	12.338
Nachrangige Verbindlichkeiten				
Fonds für allgemeine Bankrisiken				
				531.348
			968	520
Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		1.461		1.358
bedingtes Kapital 154 Mio € (31.12.2007: 156 Mio €)				
b) Kapitalrücklage		15.091		12.973
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		13		13
cb) Rücklage für eigene Anteile		227		2.610
cc) andere Gewinnrücklagen		3.840		3.840
			4.080	6.463
d) Bilanzgewinn		310		2.387
			20.942	23.181
Summe der Passiva				
			2.250.665	1.790.676
Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seite 48)		52.836		52.434
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		55		101
			52.891	52.535
Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		113.321		134.825
			113.321	134.825

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €			2008	2007
Zinsaufwendungen			34.153	36.925
Provisionsaufwendungen			1.530	1.689
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			6.201	–
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	3.743			5.764
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	958	4.701		1.278
darunter: für Altersversorgung	419			(451)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.459		4.695
			9.160	11.737
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			257	226
Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.941	1.849
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.938	453
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.551	582
Aufwendungen aus Verlustübernahme			0	140
Außerordentliche Aufwendungen			–	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			– 1.387	1.835
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			75	62
Jahresüberschuss			–	2.757
Summe der Aufwendungen			56.419	58.257

			2008	2007
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss			– 2.185	2.757
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			113	94
			– 2.072	2.851
Entnahme aus Gewinnrücklagen				
– aus der Rücklage für eigene Anteile	2.382			–
– aus anderen Gewinnrücklagen	–			–
			2.382	–
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in die Rücklage für eigene Anteile	–			244
– in andere Gewinnrücklagen	–			220
			–	464
Bilanzgewinn			310	2.387

Erträge in Mio €		2008	2007
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	29.517		32.504
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.638		6.337
		35.155	38.841
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.616		4.067
b) Beteiligungen	121		22
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	2.165		530
		4.902	4.619
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		2.218	1.369
Provisionserträge		6.361	7.355
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		–	5.438
Sonstige betriebliche Erträge		2.123	627
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		3.475	–
Außerordentliche Erträge		–	8
Jahresfehlbetrag		2.185	–
Summe der Erträge		56.419	58.257

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2008 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtliniengesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurden Vorjahreszahlen in den Positionen laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und dem Nettoertrag aus Finanzgeschäften ohne Einfluss auf das Betriebsergebnis angepasst. Der Reduzierung der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um 3.031 Mio € steht eine Erhöhung des Nettoertrags aus Finanzgeschäften in gleicher Höhe gegenüber. Darüber hinaus wurden Vorjahreszahlen in den Positionen sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 96.092 Mio € wegen zusätzlicher Aufrechnungen von Finanzinstrumenten angepasst.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen. Erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt. Zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. In Handelsportfolios enthaltene Forderungen werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, mit ihrem Marktwert angesetzt. Die Bewertung der Handelsaktivitäten ist gesondert beschrieben.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip entsprechend § 253 Absatz 1 und 2 HGB bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß § 253 Absatz 1 und 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen zu bewerten sind.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt. Wertänderungen, soweit sie zu vereinnahmen sind, werden im Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Handelsaktivitäten

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt die Marktwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value werden Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken berücksichtigt. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-Risk-Abschlag reduziert, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der Fair Value mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Einschätzungen abweichen können.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zu den Handelsaktivitäten, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung im Erwerbszeitpunkt maßgebend (§ 247 Absatz 1 und 2 HGB). Eine Umwidmung zwischen den genannten Kategorien wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist. Die Umwidmung der Forderungen beziehungsweise Wertpapiere erfolgte zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden seit 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 HGB) vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach § 6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, sind in Übereinstimmung mit § 253 Absatz 1 HGB gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassa-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Absatz 2 HGB in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Umwidmungen

Im Geschäftsjahr wurden zum einen Forderungen an Kunden aus dem Handelsbestand und aus der Kategorie zur Veräußerung bestimmt in den Bestand der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen umgewidmet. Zum anderen wurden Schuldverschreibungen aus dem Handelsbestand oder der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgegliedert und damit wie Anlagevermögen bewertet. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten Fair Value.

Die Umwidmung erfolgte, da für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der umgewidmeten Vermögensgegenstände:

in Mio €	Buchwerte zum Umwidmungszeitpunkt	31.12.2008	
		Buchwerte	Fair Value
Forderungen an Kunden	14.207	13.802	12.375
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Handel	3.263	3.020	2.580
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Liquiditätsreserve	1.016	973	842
Summe der umgewidmeten Vermögensgegenstände	18.486	17.795	15.797

Wertpapiere

Aufgliederung der in nachstehenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere:

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	103.894	198.974	37.357	31.449
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.655	107.037	7.055	13.270
Beteiligungen	452	181	0	76
Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	203	115

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (68.468 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 3.441 Mio € (31.12.2007: 3.489 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Pensionären in Deutschland sowie für die Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen verwendet werden dürfen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 105.705 Mio € (31.12.2007: 226.186 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 64.268 Mio € (31.12.2007: 123.700 Mio €) aufgeführt.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, der beizulegende Zeitwert betrug zum Bilanzstichtag 4.475 Mio €. Die Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da der beizulegende Zeitwert den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann.

Sofern verfügbar, wird der beizulegende Wert aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. In einem Fall wurden die seit Auflegung des Geschäfts erfolgten Veränderungen im Liquiditätsspread aufgrund der langfristigen Halteabsicht und des Kreditspreads aufgrund der bereits erfolgten Berücksichtigung des Kreditrisikos in der Risikovorsorge nicht herangezogen.

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2008	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2007
Immaterielle Anlagewerte	725	54	5	368	90	3	406	530
Sachanlagen	2.001	240	118	1.231	167	85	892	911
Grundstücke und Gebäude	268	1	1	30	12	1	238	253
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.733	239	117	1.201	155	84	654	658
Leasinganlagen	0	–	0	–	0	–	–	0
			Veränderung					
Beteiligungen			+ 2.094				2.964	870
Anteile an verbundenen Unternehmen			– 1.252				37.071	38.323
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			+ 4.941				4.941	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			– 82				74	156

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursveränderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2008) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 230 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den nachstehenden Positionen enthaltene nachrangige Vermögensgegenstände:

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	1.210	1.249
Forderungen an Kunden	997	1.126
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.360	7.127
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	1

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 1.298.807 Mio € (31.12.2007: 513.887 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swappgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Steuerabgrenzungsposten

Der aktive Steuerabgrenzungsposten gemäß § 274 Absatz 2 HGB beträgt 1.476,5 Mio €. Er entspricht der zukünftigen Steuerentlastung aus der Umkehrung der Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Ergebnissen unter Anwendung der landesspezifischen Ertragsteuersätze.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 1.257.785 Mio € (31.12.2007: 523.418 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-Risk-Abschlag sowie abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 853 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 305 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.100.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13 %	31.1.2013
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,88 %	16.1.2014
€	750.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,33 %	22.9.2015
€	500.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,43 %	20.9.2016
€	500.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63 %	9.3.2017
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33 %	19.9.2023
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15 %	2.12.2033
€	900.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,94 %	28.1.2035
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,71 %	27.6.2035
€	1.000.001.000	von der DB Contingent Capital LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,00 %	unbefristet
GBP	225.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25 %	15.12.2015
US-\$	318.000.000	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,06 %	30.3.2009
US-\$	550.000.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,50 %	25.4.2009
US-\$	250.000.000	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	3,79 %	30.4.2009
US-\$	650.000.000	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87 %	30.6.2009
US-\$	225.000.000	von der DB Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,16 %	30.6.2010
US-\$	1.150.000.000	von der DB Capital Funding LLC IX, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,63 %	20.8.2012
US-\$	350.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	2,45 %	17.2.2015
US-\$	800.000.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38 %	2.3.2015
US-\$	800.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63 %	19.1.2016
US-\$	600.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38 %	unbefristet
US-\$	800.000.000	von der DB Contingent Capital LLC II, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,55 %	unbefristet
US-\$	805.000.000	von der DB Capital Funding LLC X, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,35 %	unbefristet
US-\$	1.265.000.000	von der DB Contingent Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,05 %	unbefristet
US-\$	1.975.000.000	von der DB Contingent Capital LLC III, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,60 %	unbefristet

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2008 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 368.349.606 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 368.390.824 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 24. Mai 2007 sowie am 29. Mai 2008 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 24. Mai 2007 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 29. Mai 2008 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 58,74€, der durchschnittliche Verkaufspreis 58,55€ je Stückaktie. Der Verlust ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2008 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 65 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 1,00 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,10 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 Eigene Aktien bis zu 10 von Hundert des Grundkapitals gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10 % unterschreiten und um nicht mehr als 15 % überschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringerer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung

von Mitarbeitern der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 erteilte und bis zum 31. Oktober 2008 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 29. Mai 2008 aufgehoben.

Am Jahresende 2008 hatte die Deutsche Bank AG 43.007 Stück Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Dies entspricht 0,01 % des Grundkapitals. Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 8.109.140 Stück; das sind 1,42 % des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 226.874.150,58 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2008 3.544.833 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2007: 1.304.964 Stück), das sind 0,62 % (Ende 2007: 0,25 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 570.859.015 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 40.000.000 Aktien durch eine Barkapitalerhöhung ausgegeben. Weitere 458.915 Aktien wurden im Rahmen von Aktienoptionsprogrammen für Mitarbeiter ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2008 auf 562.706.868 Stück (Ende 2007: 501.208.022 Stück); die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 516.796.763 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2007	1.357.824.256,00	454.000.000,00	156.269.946,88
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2003		– 128.000.000,00	
Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Geldeinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 2. Juni 2004	48.000.000,00	– 48.000.000,00	
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 24. Mai 2007		85.000.000,00	
Teilweise Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Geldeinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 24. Mai 2007	54.400.000,00	– 54.400.000,00	
Ausübung von Optionsrechten von Mitgliedern des Vorstands und Führungskräften der Deutschen Bank AG sowie von Mitgliedern von Geschäftsführungen und Führungskräften verbundener Unternehmen aus Global-Partnership-Plänen	1.109.056,00		– 1.109.056,00
Ausübung von Optionsrechten von Mitarbeitern des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen	65.766,40		– 65.766,40
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Partnership-Plänen			– 571.799,04
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen			– 708.226,56
Stand 31.12.2008	1.461.399.078,40	308.600.000,00	153.815.098,88

Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

Genehmigtes Kapital

- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004);
- bis zum 30. April 2011 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 1. Juni 2006);
- bis zum 30. April 2012 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 24. Mai 2007). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2013 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 29. Mai 2008). Dieses genehmigte Kapital ist Gegenstand eines laufenden Freigabeverfahrens nach § 246a AktG und noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

Bedingtes Kapital

- Der Vorstand konnte auf der Grundlage der Ermächtigung vom 17. Mai 2001 bis zum 31. Dezember 2003 mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank an Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Bank ausgeben. Bezüglich des Ausgabepreises, des Erfolgsziels und der Ausübungszeiten galten die Regelungen entsprechend der Ausgabe von Optionsrechten an Führungskräfte. Das bedingte Kapital betrug 10.000.000 €. Zum 31. Dezember 2008 waren entsprechend dieser Ermächtigung Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 1.305.932,80 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank AG an Vorstandsmitglieder und Führungskräfte der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder der Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen auszugeben. Die Ermächtigungen enthalten folgende Bedingungen:

- Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2001: Ausgabe von bis zu 20.000.000 Optionsrechten bis zum 10. Mai 2003. Gewährung in zwei jährlichen Tranchen, die jeweils 70 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 51.200.000 €).
- Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2002: Ausgabe von bis zu 25.000.000 Optionsrechten bis zum 20. Mai 2005. Gewährung in jährlichen Tranchen, die jeweils 60 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 64.000.000 €).

Zum 31. Dezember 2008 waren entsprechend diesen Ermächtigungen Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 2.509.166,08 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Jedes Optionsrecht berechtigt gegen Zahlung des Ausgabebetrags zum Bezug einer Stückaktie der Deutschen Bank AG. Der Ausgabebetrag für eine Aktie bei Ausübung der Option ergibt sich aus einem Basispreis zuzüglich eines Zuschlags von 20 %. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlussauktionspreis der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main der letzten zehn Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Optionsrechte. Bei der Ausübung sind die Wartezeit für die erstmalige Ausübung und Ausübungszeiträume zu beachten.

Die bedingten Kapitalerhöhungen werden nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung Eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionsscheine beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 6.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €).

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionscheine beigelegt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €). Dieses bedingte Kapital ist noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung wirksam.

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder als die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2007		23.181
Ausschüttung in 2008		- 2.274
Gewinnvortrag		- 113
Kapitalerhöhung gegen Geldeinlagen		
- Erhöhung des gezeichneten Kapitals	102	
- Einstellung in die Kapitalrücklage	2.098	2.200
Kapitalerhöhung durch Ausübung von Optionsrechten		
- Erhöhung des gezeichneten Kapitals	1	
- Einstellung in die Kapitalrücklage	19	20
Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile		- 2.382
Bilanzgewinn 2008		310
Stand 31.12.2008		20.942

Eventualverbindlichkeiten

In der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden ausgewiesen:

in Mio €		
	31.12.2008	31.12.2007
Bürgschaften, Garantien	34.517	31.986
Akkreditive	5.328	4.899
Kredithaftungen	12.991	15.549

Andere Verpflichtungen

Von den in der Bilanz vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen (113.321 Mio €) betreffen 102.403 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken.

Sonstige Verpflichtungen

Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 1,1 Mrd € bei Restlaufzeiten von bis zu 15 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 47 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen. Es bestehen des Weiteren Abnahmeverpflichtungen in Höhe von 1,9 Mrd € für Waren und Dienstleistungen, die zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung umfassen.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2008 auf 24 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 3 Mio €.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von ihr beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 14 Mrd €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 43 Mio €.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank ZRt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Laufzeitengliederung der Forderungen

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Andere Forderungen an Kreditinstitute	121.195	149.193
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	64.359	97.813
mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.236	28.271
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.386	10.284
mehr als fünf Jahre	19.214	12.825
Forderungen an Kunden	405.850	588.926
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	297.731	475.153
mehr als drei Monate bis ein Jahr	35.526	37.800
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	39.366	41.009
mehr als fünf Jahre	27.599	27.192
mit unbestimmter Laufzeit	5.628	7.772

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (141.251 Mio €) werden 34.505 Mio € in 2009 fällig.

Laufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	168.458	209.430
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	105.114	159.001
mehr als drei Monate bis ein Jahr	31.206	22.567
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.782	16.647
mehr als fünf Jahre	11.356	11.215
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4.936	2.185
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	1.179	878
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.490	1.162
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	263	143
mehr als fünf Jahre	4	2
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	142.643	256.905
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	88.139	199.110
mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.690	26.764
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	12.284	21.540
mehr als fünf Jahre	15.530	9.491
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	125.709	155.751
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	17.625	34.726
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.126	28.313
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	56.420	56.170
mehr als fünf Jahre	34.538	36.542

Von den begebenen Schuldverschreibungen (54.974 Mio €) werden 22.801 Mio € in 2009 fällig.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 910 Mio€ sind 483 Mio€ wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Absatz 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 968 Mio€ betreffen mit 40 Mio€ Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2008	31.12.2007		31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	–	36	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Forderungen an Kunden	291	334	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	757	1.034
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	317	397			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29	15			
Beteiligungen	41	47			
Sonstige Vermögensgegenstände	79	205			
Insgesamt	757	1.034	Insgesamt	757	1.034

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	86.227	73.356	10	0
Forderungen an Kunden	152.786	228.278	982	351
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	54	352	9	–
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Vermögensgegenstände)	80.189	14.682	50	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104.684	100.980	21	492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92.171	132.238	508	615
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.778	902	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.076	7.418	–	–
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Verbindlichkeiten)	83.704	12.226	11	–

Anteilsbesitz

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.789	24.193
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	422	677

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 6.466 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierte Wertpapiere.

Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 1.303.765 Mio €, jener der Schulden auf umgerechnet 1.219.779 Mio €.

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte
Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes;
- Wechselkursbezogene Geschäfte
Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte;
- Sonstige Geschäfte
Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes.

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Marktwerte von Derivaten

in Mio €	31.12.2008		
	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	40.246.887	660.635	644.452
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.429.553	184.714	180.786
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	890.883	67.944	71.450
Kreditderivate	4.716.205	352.348	323.514
Sonstige Geschäfte	412.287	34.905	34.433
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	63.870	0	0
Wechselkursbezogene Geschäfte ¹	0	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	405.268	4.612	4.728
Sonstige Geschäfte	41.767	616	442
Insgesamt	51.206.720	1.305.774	1.259.805

¹ Aufgrund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null beziehungsweise annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 1.305.774 Mio€ und die negativen Marktwerte von 1.259.805 Mio€ beinhalten Derivate des Handelsbereichs sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2008	2007
Bundesrepublik Deutschland	19.260	14.248
Europa ohne Deutschland	17.474	29.596
Amerika	6.337	7.702
Afrika/Asien/Australien	5.470	5.334
Insgesamt	48.541	56.880

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Andere Verwaltungsaufwendungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für das Geschäftsjahr 2008 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2008	2007
Prüfungshonorare	10	12
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	5	2
Honorare für Steuerberatung	1	1
Insgesamt	16	15

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen von 2.123 Mio€ werden unter anderem ausgewiesen: 1.450 Mio€ Erträge aus Verschmelzungsgewinnen, 295 Mio€ Wertaufholungen für zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie 127 Mio€ Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen von 1.941 Mio€ enthält im Wesentlichen 1.642 Mio€ Bewertungsanpassungen für zur Veräußerung bestimmte Forderungen. Zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören außerdem Aufwendungen für Garantieleistungen von 132 Mio€ sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 97 Mio€.

Sonstige Angaben

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 11 bis 16 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2008 19.741.906€ gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt für 2008 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.478.500€. Auf eine variable Vergütung hat der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen insgesamt 167.420.222€.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.641.142€ und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.396.955€. Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2008 Kredite in Höhe von 0,1 Mio€ zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 59 und 60 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2008 sind uns folgende Aktionäre, die gemäß § 21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, gemeldet worden: seit 6. Mai 2008 – AXA S.A., Paris, hält 5,36 % Deutsche Bank-Aktien. Seit 17. Oktober 2008 – Credit Suisse Group, Zürich, hält 3,86 % Deutsche Bank-Aktien (über Finanzinstrumente).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 29.434 (2007: 28.013), davon 10.898 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 17.973 (2007: 16.557) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 5. März 2009

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Josef Ackermann



Hermann-Josef Lamberti



Hugo Bänziger



Stefan Krause

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf, einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Deutschen Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutschen Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2009



Josef Ackermann



Hermann-Josef Lamberti



Hugo Bänziger



Stefan Krause

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 11. März 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Vorstand

Josef Ackermann

Vorsitzender

Hugo Bänziger

Anthony Di Iorio

bis 30. September 2008

Stefan Krause

ab 1. April 2008

Hermann-Josef Lamberti

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*

– Stellvertretende Vorsitzende ab
29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands der Deutsche Telekom
AG bis 28. Februar 2009;
Vorsitzender des Vorstands der
Arcandor AG ab 1. März 2009,
Köln

Heidrun Förster*

– Stellvertretende Vorsitzende bis
29. Mai 2008
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Ulrich Hartmann

bis 29. Mai 2008
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der E.ON AG,
Düsseldorf

Alfred Herling*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Hamburg

Sabine Horn*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Rolf Hunck*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Seevetal

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Hockenheim

Ulrich Kaufmann*

bis 29. Mai 2008
Deutscher Bankangestellten-
Verband, Gewerkschaft für
Finanzdienstleister,
Ratingen

Peter Kazmierczak*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Herne

Martina Klee*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

ab 29. Mai 2008
Toronto

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.

Heinrich von Pierer

bis 29. Mai 2008
Erlangen

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teysen

ab 29. Mai 2008
Chief Operating Officer und
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.

Jürgen Weber

bis 29. Mai 2008
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutsche Lufthansa AG,
Hamburg

Werner Wenning

ab 29. Mai 2008
Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG,
Leverkusen

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Ulrich Kaufmann*
bis 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*
ab 29. Mai 2008

Heidrun Förster*
bis 29. Mai 2008

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Henriette Mark*
bis 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Heidrun Förster*
bis 29. Mai 2008

Sabine Horn*
bis 29. Mai 2008

Rolf Hunck*
bis 29. Mai 2008

Sir Peter Job

Henriette Mark*
ab 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Marlehn Thieme*
ab 29. Mai 2008

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
ab 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.
Heinrich von Pierer
bis 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
ab 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Tilman Todenhöfer
bis 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.
Jürgen Weber
bis 29. Mai 2008

Werner Wenning
ab 29. Mai 2008

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

Professor Dr.-Ing.

Wolfgang Reitzle

– Vorsitzender ab 30. Oktober 2008
Vorsitzender des Vorstands der
Linde AG, München

Werner Wenning

bis 29. Mai 2008
– Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG, Leverkusen

Professor Dr. h.c.

Roland Berger

ab 15. Oktober 2008
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Roland Berger Strategy Consultants
GmbH, München

Dr. Kurt Bock

Mitglied des Vorstands der
BASF SE, Ludwigshafen

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung
und persönlich haftender Gesell-
schafter der Merck KGaA,
Darmstadt

Peter Löscher

ab 1. Januar 2009
Vorsitzender des Vorstands der
Siemens Aktiengesellschaft,
München

Francis Mer

Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands,
Severstal;
Generaldirektor des Severstal-
Konzerns, Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker

Persönlich haftender
Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Urfahrn

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
J. M. Voith AG, Heidenheim

Håkan Samuelsson

Vorsitzender des Vorstands der
MAN Aktiengesellschaft,
München

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin und Vorsitzende
des Aufsichtsrats der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Präsident des Bundesverbands der
Deutschen Industrie e. V.
(bis 31. Dezember 2008);
Vorsitzender des Gesellschafter-
ausschusses der
Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands der
Daimler AG und Leiter
Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Ehemaliger CEO und Chairman,
Lockheed Martin

John E. Bryson

Ehemaliger Chairman und CEO,
Edison International

Michael D. Capellas

CEO, First Data Corp.;
ehemaliger Senior Advisor, Silver
Lake Partners; ehemaliger Präsident
und CEO, MCI

Dr. James Ireland Cash

– Emeritus Mitglied
Professor und Senior Associate,
Dean Harvard Business School

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital, LLC

Archie W. Dunham

Ehemaliger Chairman,
ConocoPhillips

Benjamin H. Griswold

Chairman, Brown Advisory

William R. Howell

Ehemaliger Chairman und CEO,
J. C. Penney Company, Inc.

Robert L. Johnson

Gründer und Chairman von
The RLJ Companies

Edward A. Kangas

Ehemaliger Chairman und CEO,
Deloitte

Ellen R. Marram

Präsidentin, The Barnegat Group
LLC

Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Robert P. May

Ehemaliger CEO, Calpine Corp.

Senator George J. Mitchell

Ehemaliger Chairman, The Walt
Disney Company

Michael E. J. Phelps

Chairman, Dornoch Capital Inc.

John W. Snow

Chairman, Cerberus Capital
Management, LP;
ehemaliger US-amerikanischer
Finanzminister

Latin American Advisory Board

Mauricio Botelho

Chairman und ehemaliger Präsident
und CEO, Embraer, Brasilien

Fernando Henrique Cardoso

Ehemaliger Präsident der
Föderativen Republik von Brasilien

Armando Garza Sada

Stellvertretender Präsident für
Unternehmensentwicklung,
Grupo Alfa

Enrique Iglesias

Generalsekretär,
Ibero-American Conference

Pedro Pablo Kuczynski

Partner und Senior Advisor,
The Rohatyn Group;
ehemaliger Premierminister
von Peru

Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Luis Pagani

Präsident Arcor Group

Horst Paulmann

Chairman und Präsident,
Cencosud SA

Miguel Urrutia Montoya

Professor an der Universidad de
los Andes;
ehemaliger Gouverneur der Zentral-
notenbank von Kolumbien

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

Chairman und CEO,
Vinashin, Vietnam

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und
Wirtschaftslehre, Columbia Business
School International

Toru Hashimoto

Ehemaliger Präsident und CEO und
ehemaliger Chairman,
The Fuji Bank Ltd., Japan

Nobuyuki Idei

Gründer und CEO, Quantum Leaps
Corporation;
Vorsitzender des Beraterkreises,
Sony Corporation, Japan

Gang-Yon Lee

Chairman, Board of Directors Korea
Gas Corporation, Korea

Dr. David K. P. Li

Chairman und Chief Executive,
The Bank of East Asia, Hongkong/
China

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Chinesische Wert-
papieraufsichtsbehörde, China

Subramanian Ramadorai

CEO und Managing Director,
Tata Consultancy Services Limited,
Indien

Dr. Tony Tan

Ehemaliger stellvertretender
Premierminister und Minister für
Sicherheit und Verteidigung von
Singapur, Singapur

Sofjan Wanandi

Chairman Santini Group, Indonesien

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökono-
mie an der Chinese Academy of
Social Science, China

Climate Change Advisory Board

Lord Browne

Managing Director und Managing
Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC

John Coomber

Vorstandsmitglied, Swiss Re

Fabio Feldmann

CEO, Fabio Feldmann Consultores

Zhang Hongren

Ehemaliger Präsident, International
Union of Geological Science

Amory B. Lovins

Chairman und CEO,
Rocky Mountain Institute

Lord Oxburgh

Dr. R K Pachauri

Chairman, IPCC

Professor Hans Joachim

Schellnhuber

Direktor, Potsdam-Institut für
Klimafolgenforschung (PIK)

Robert Socolow

Co-Director,
Carbon Mitigation Initiative

Klaus Töpfer

Deutscher Umweltminister a. D.

Wichtige Termine

2009

28. April 2009	Zwischenbericht zum 31. März 2009
26. Mai 2009	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
27. Mai 2009	Dividendenzahlung
29. Juli 2009	Zwischenbericht zum 30. Juni 2009
29. Oktober 2009	Zwischenbericht zum 30. September 2009

2010

04. Februar 2010	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2009
12. März 2010	Geschäftsbericht 2009 und Form 20-F
27. April 2010	Zwischenbericht zum 31. März 2010
27. Mai 2010	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
28. Mai 2010	Dividendenzahlung
28. Juli 2010	Zwischenbericht zum 30. Juni 2010
28. Oktober 2010	Zwischenbericht zum 30. September 2010
